

### **Wie können Zeitgutschriften eingeführt werden?**

Die Schaffung einer Säule 4 als Anreiz für eine vermehrte Beteiligung von Freiwilligen (FW) begrüsst die Mehrzahl. Sie regt an, diese möglichst nahe an der Basis z.B. in einer Gemeinde zu initiieren und erst später zu einer kantonalen/nationalen Vorsorgesäule zu erweitern.

An einigen Orten scheint der Wunsch nach einer Weiterentwicklung Richtung professionelles Freiwilligen-Management mit Zeitgutschriften eher von der Basis als von der Heimleitung zu kommen und auch der Rückhalt bei den Gemeindebehörden bedarf vielerorts noch der Überzeugungsarbeit. Die neu über die Säule 4 eingesetzten Mitarbeitenden sind weder Lohnbeziehende noch im klassischen Sinn Freiwillige. Deshalb regen die Teilnehmenden an, für diesen neuen Status von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen eigenen Begriff zu finden.

Als wichtig erachten mehrere Teilnehmende, dass das Anforderungsprofil an die Säule-4-Mitarbeitenden möglichst breit ist und das Hauptgewicht auf soziale Kompetenzen gelegt werden soll. Die Bedürfnisse der zu Betreuenden sollen von Anfang an in die Umsetzung einbezogen werden.

### **Wie weiter vom Heim zum Mehrgenerationenhaus und –quartier?**

Es gilt, in einer umfassenden Studie den Ist- Zustand (Angebot und zu erwartende Nachfrage) in Zusammenarbeit mit der Einwohnergemeinde zu klären, d.h. es sind diese Aspekte auszuloten: Städtebau, Bau, Betrieb inkl. Unterhalt, Finanzen inkl. Personalaufwände über längere Zeit und Restkostenanteile für die Gemeinde und Soziologie wie Aufhebung von Ghettos für Ältere, Kinder, Behinderte, usw. Es lohnt sich vor allem auch finanziell, möglichst eine ganze Gemeinde in diese Überlegungen einzubeziehen.

Bevor über die Vergabe eines Architektur-Auftrages auch nur nachgedacht wird, ist gemeinsam ein soziales Konzept zu erstellen: Wer wohnt hier, wer macht was, wie sind die Gemeinsamkeiten geregelt. Dann sind genaue Vorgaben zu nachhaltiger Bauweise aufzustellen und Wettbewerb oder Studienauftrag als Pflicht zu erklären. Was kosten Bau, Unterhalt und Betrieb (Pflege und Betreuung vor allem) in den nächsten 10-20-30 Jahren? Wo sind Entlastungen aller Art durch Infrastrukturänderungen möglich durch Anpassungen im jetzigem Heim oder mit neuen Infrastrukturen? Entscheidend für diese Grundlagenarbeit ist die nachfolgende Kommunikation mit der Bevölkerung.

### **Wie sollen Gemeinden und Heime die Bevölkerung informieren?**

Wissen und Erfahrung um die sozialen und gesundheitlichen Kosten und der Umfang der stetigen Steigerungen sind klein. Es liegt in der Verantwortung der Gemeinden und zwingend, dass die gesamte Bevölkerung von diesen stetig steigenden Kosten weiss, weil sie letztlich mit den Steuern diese Ausgaben finanzieren muss. Die Zusammenhänge aller Kosten werden departementsübergreifend bis heute bei Behörden wenig thematisiert. Die Bevölkerung kennt Kosten und Zusammenhänge noch weniger. Für eine langfristige Informationskampagne kann nur eine bottom-up- Vorgehensweise (von der Basis nach oben) in Frage kommen, die von Gemeinde und/oder Institutionen gemeinsam getragen wird und möglichst breite Kreise einbezieht. Beginnen bei Behörden und Verwaltungen, dann bei interessierten Kreisen wie Genossenschaften, Vereinen, Organisationen. Dieses umfassende Einbinden aller in die Entscheidungsfindung und letztlich das Mittragen und Verantwortung- Übernehmen «Nemawashi» vereinfacht die Umsetzung und vermeidet eine blockierende Polarisierung. Die Moderation solcher Anlässe – Papiere wie Flugblätter, Amtsblatt-Inserate, usw. nützen kaum etwas zur Zielerreichung – soll mit dem neuesten Fachwissen, Erfahrungen und Empathie interaktiv und laufend erfolgen.